

## Kreistagsfraktion im Landkreis Passau

Dr. Thomas Kreideweiß  
Kreisrat und Fraktionssprecher  
Vilsfeldstraße 40  
94474 Vilshofen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Vilsfeldstr. 40 94474 Vilshofen

Herrn  
Bundesminister Jürgen Trittin  
Bundesministerium für Umwelt,  
Naturschutz und Reaktorsicherheit  
Alexanderplatz 6

Telefon: 08541-7828  
Telefax: 08541-965596  
E-Mail: th.kreide@web.de  
www.gruene-passauland.de

10178 Berlin

20. Januar 2003

### Jodversorgung bei Atomunfällen; Ihr Schreiben vom 18.12.2002

Sehr geehrter Herr Minister,

wir sind sehr dankbar, dass Bündnis 90/Die Grünen die überlebensnotwendige Energiewende entschieden vorangebracht hat und voranbringt. Die drastische Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 80 % bis zum Jahr 2050 kann nachhaltig, also ökologisch, ökonomisch und sozialverträglich nur durch einen massiven Ausbau der effektiven Energienutzung und der erneuerbaren Energien erreicht werden. Atomenergie ist nicht die Rettung aus der Klimakatastrophe, sondern eine zusätzliche tödliche Gefahr. Auch darin wissen wir uns mit den Grünen in Bund und Land einig.

Umso unverständlicher ist uns aber Ihre Antwort vom 18.12.2002 auf unsere Bitte, für eine effektive Jodprophylaxe zu sorgen.

Dass das von Ihrem Haus vertretene Konzept für Lagerung und Verteilung von Kaliumjodid-Tabletten im Ernstfall unbrauchbar ist, sollte nach Tschernobyl jedem klar sein.

- Wie kann man allen Ernstes nach dem 26. April 1986 noch behaupten, dass "über den 25-km-Bereich hinaus die Eingreifrichtwerte für Erwachsene (250 mSv) und über einen 100-km-Bereich hinaus die Eingreifrichtwerte für Jugendliche und Schwangere (50 mSv) **nicht** überschritten werden"?
- Hat sich beim zuständigen Referat Ihres Hauses noch nicht herumgesprochen, dass nach der Havarie des Tschernobyl-Reaktors noch in 140 km Entfernung (Nähe Gomel) bzw. sogar noch in 400 km Entfernung (nordwestlich von Minsk) die Bevölkerung wegen der extrem hohen Strahlenbelastung in großen Bereichen evakuiert werden musste?
- Kennt Ihr zuständiges Referat die Untersuchungen in Gomel (Belarus) nicht, wonach auch bei Personen über 45 Jahren Schilddrüsenkrebs im Beobachtungszeitraum nach dem Atomunfall (13

**BÜNDNIS 90**  
**DIE GRÜNEN**

Jahre nach der Havarie) ca. sechsmal häufiger aufgetreten ist, als in dem 13-jährigen Vergleichszeitraum vor der Katastrophe? Oder will man vielleicht nur Kosten sparen bzw. den AKW-Betreibern Kosten sparen helfen? Denn immerhin ist die Gruppe der über 45-jährigen ziemlich genau die Hälfte der bundesdeutschen Bevölkerung.

- Wie kommt Ihr Haus zu der Behauptung, dass für Erwachsene über 45 Jahren das Risiko von Nebenwirkungen durch die Einnahme von Kaliumjodid-Tabletten größer ist als der Schutz vor möglichen Strahlenschäden? Tatsächlich sind die in Einzelfällen zu befürchtenden Nebenwirkungen vorübergehend und im Verhältnis zu dem Risiko, an Schilddrüsenkrebs zu erkranken, zu vernachlässigen.
- Nur als Realsatire kann man es bezeichnen, wenn Ihr zuständiger Referent Dr. Bühling wörtlich ausführt:

*"Weiterhin wird davon ausgegangen, dass die möglicherweise betroffenen Gebiete mit den vorhandenen ... Ausbreitungsrechnungen prognostiziert und Maßnahmen zur Verteilung oder Einnahme der bereits vorverteilten Tabletten rechtzeitig eingeleitet werden können".*

Vielleicht hat sich Ihr Referent mit dem leitenden Ministerialrat Dr. Seidl im Bayerischen Umweltministerium abgesprochen, der uns im Schreiben vom 23.03.2001 mitgeteilt hat, dass "nach definitiver Realisierung" westlicher Sicherheitsstandards beim Kernkraftwerk Temelin davon auszugehen ist, "dass bei einem Unfall massive Freisetzungen radioaktiver Stoffe, insbesondere von radioaktivem Jod, wenn überhaupt, erst nach Tagen zu besorgen sind".

Was aber ist, Herr Minister, wenn die Realität den Planern nicht den Gefallen tut, dass die Freisetzung radioaktiven Jods erst nach Tagen passiert, sondern bereits nach wenigen Stunden.

Weiß Ihr Haus nicht, dass es nach der offiziellen Risikostudie der GRS auch bei deutschen Kernkraftwerken schon nach ca. 3 Stunden zu einer massiven Freisetzung von Radioaktivität kommen kann?

- Ist Ihrem Haus unbekannt, dass nach offiziellen Angaben das Risiko, dass sich in Deutschland in einem der 19 Atomkraftwerke bei einer Laufzeit von 30 Jahren ein Supergau ereignet bei ca. 2 % liegt?
- Hat sich Ihr Referat vielleicht auch Gedanken gemacht, wie viel Zeit bei einem Terrorangriff für die Verteilung der Jod-Tabletten bliebe? Kein einziges AKW in Europa würde einem Terroranschlag mit einem Flugzeug wie am 11. September 2001 standhalten.
- Damit die Jodblockade durch Kaliumjodid-Tabletten voll wirksam wird, müssen die Tabletten vor Eintreffen der radioaktiven Wolke eingenommen werden. Wird das Jod nur 3 Stunden nach der Belastung mit radioaktivem Jod gegeben, ist die Schutzwirkung schon auf 50 % gesunken, eine Gabe nach 10 Stunden ist bereits wirkungslos.
- Wie soll man sich überhaupt eine sachgerechte Verteilung bei einem drohenden bzw. eingetretenen Supergau vorstellen, wenn die Verteilung aus zentralen Lagern erfolgt? Dabei muss berücksichtigt werden, dass bei einem Störfall zunächst mit Sicherheit keine Meldung erfolgt, weil der Betreiber versucht, den Störfall selbst in den Griff zu bekommen. Erst wenn das nicht gelingt, erfolgt verspätet (siehe Tschernobyl) die Information der Bevölkerung. Das heißt, wenn die Warnung erfolgt, ist im Zweifel die radioaktive Strahlung schon so hoch, dass gesundheitliche Schäden zu befürchten sind. Man soll im Haus bleiben, Fenster und Türen schließen und gleichzeitig die Tabletten von der Verteilungsstelle (Apotheke?, Feuerwehr?) abholen, von dem mit Sicherheit eintretenden totalen Verkehrschaos ganz abgesehen. Die Jodtabletteneinnahme wird also mit Sicherheit, wenn es überhaupt zu einer Verteilung kommt, viel zu spät erfolgen.

Recht aufschlussreich erscheint uns in diesem Zusammenhang das in der PNP am 21.02.2001 veröffentlichte Protokoll eines Telefonmarathons "Wo sind die Jodtabletten?"

Die einzige Möglichkeit effektiv für einen Schutz der Bevölkerung zu sorgen, ist die präventive Verteilung. Das fordert der Bayerische Ärztetag 2001, der Deutsche Ärztetag 2002 und das wird in Österreich bereits seit längerer Zeit praktiziert.

Das von Ihrem Haus i. S. Jodprophylaxe vertretene Konzept ist unserer Meinung nach unbrauchbar. Es zeigt, dass das Referat Reaktorsicherheit aufgrund der Personalpolitik Ihrer Vorgänger im Amt immer noch "atomfreundlich" besetzt und offenbar nicht gewillt oder nicht in der Lage ist, eine Katastrophenschutzplanung durchzusetzen, die den Interessen der Bevölkerung gerecht wird. Das gleiche gilt offensichtlich auch für die Strahlenschutzkommission, in der bis heute atomkritische **unabhängige** Wissenschaftler immer noch völlig unterrepräsentiert sind.

Der Landkreis Passau ist besonders gefährdet. Im Osten bedroht uns der Pannenreaktor Temelin, der durch den Mix aus sowjetischer und westlicher Reaktortechnik und eine Reihe offensichtlicher, gravierender Mängel, z. B. den unzureichenden

Schutz von Dampf- und Speisewasserleitungen, ein besonders hohes Risikopotential aufweist. Bei einem Gau in Temelin kann die radioaktive Wolke bereits binnen weniger Stunden die bayerische Grenze passieren und Passau erreichen.

Im Westen sind wir durch die beiden Atomkraftwerke Ohu 1 (einer der ältesten Siedewasserreaktoren in Deutschland ohne ausreichenden Berstschutz) und Ohu 2 gefährdet.

Wir müssen deshalb darauf bestehen, dass eine wirklich effektive Jodprophylaxe durchgeführt wird. Das kann nach Lage der Dinge nur durch eine präventive Verteilung der Jodtabletten an die Landkreisbevölkerung erfolgen und zwar ohne Einschränkung auf den Personenkreis unter 45 Jahren. Wenigstens vor Schilddrüsenkrebs, natürlich nicht vor anderen Folgen radioaktiver Strahlung könnte die Bevölkerung so geschützt werden.

Nachdem wir, sehr geehrter Herr Minister, den Eindruck haben, dass auch an Sie persönlich gerichtete Schreiben beim zuständigen Sachbearbeiter des Referats Reaktorsicherheit landen, erlauben wir uns diesen Brief auch an die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen und die bayerische Landtagsfraktion zu schicken.

Mit freundlichen Grüßen

  
Dr. Anton Huber  
Kreisrat

  
Dr. Thomas Kreideweiß  
Kreisrat

  
Susanne Mayerhofer  
Kreisrätin